

# löwenzahn

Mitteilungsblatt der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat zu Leipzig \_Heft 01 | 2013

Stadtverwaltung im Kita-Dilemma  Seite 3

Fahrscheinfreier ÖPNV eine Alternative?  Seite 5

2012 – ein Jahr des Sports  Seite 7



**DIE LINKE.**  
Fraktion im Stadtrat zu Leipzig



### Für Leipzig erfolgreich gekämpft

Die Fraktion DIE LINKE hat dem Haushaltsplanentwurf für 2013 nach entscheidenden Änderungen zugestimmt. Wesentlich war das Erreichen zentraler Zielstellungen zu unseren 44 Haushaltsanträgen. Dies betrifft insbesondere das Vorziehen von Neubauvorhaben bei Kindertagesstätten, die Beibehaltung des Budgetrechtes des Stadtrates sowie die Sicherung der Finanzierung eines Pilotprojektes im öffentlich geförderten Beschäftigungssektor. Darüber hinaus konnten die Mittel für die Freien Träger der Jugendhilfe – auch wenn der Kompromiss den Bedarf bei Weitem noch nicht abdeckt –, für die Vereine und Verbände im Bereich des Sozialamtes und zusätzliche Stellen für die Schulsporthallenwarte gesichert werden. Die Finanzierung wurde mit erfolgreichen Anträgen zur „Senkung“ der Zinsausgaben und zur Erhöhung der Konzessionseinnahmen möglich. Weiterhin konnten wir den Nettokapitaldienst der Stadt aus Zins und Tilgung in Höhe von max. 50 Mio. Euro zugunsten u. a. für Investitionen in die Bildungsinfrastruktur für die kommenden Jahre deckeln. Überraschend kritisch anzumerken bleibt indes, dass es noch eine Menge Arbeit der Verwaltung bedarf, um einen Haushalt vorzulegen, der dem Anspruch von Haushaltsklarheit und -wahrheit entspricht. ↳ Steffen Wehmann

## Das Ergebnis taugt noch nicht einmal als Kompromiss



Leipzig spielt bei der Entwicklung der Tagespflege in Sachsen eine Vorreiterrolle. Bereits 2002 bekam der Verbund Kommunaler Kinder- und Jugendhilfe (VKKJ) den Auftrag, die Tagespflege zu managen, viel früher als in den anderen sächsischen Städten. Aufgrund der seit 1996 wieder wachsenden Geburtenzahlen konnte der steigende Bedarf an Krippenplätzen nicht mehr gedeckt werden. Mit der Tagespflege als preisgünstige Alternative zum Krippenplatz – ein Platz in der Tagespflege kostet etwas mehr als die Hälfte eines Krippenplatzes (57 %) – hoffte man, das Problem zu lösen. Begonnen wurde damals mit 98 Kindern, lt. Kita-Bedarfsplan werden es 2013 2.834 sein. Damit befindet sich jedes dritte in Leipzig betreute Kind von 1 bis 3 Jahren in der Tagespflege. Auch wenn dies nicht unbedingt den Wunschvorstellungen der Eltern entspricht, lt. 3. Bericht zum Kinderförderungsgesetz wünschen sich 14 % der Eltern eine Betreuung in der Tagespflege, so zeigen diese Zahlen, welche Bedeutung sie für die Bedarfsdeckung im Krippenbereich hat. Die Situation wäre ohne die Tagespflege noch katastrophaler als sie bereits ist.

Ob es sich hierbei um ein gleichrangiges Alternativangebot zur Bildung, Erziehung und Betreuung handelt, wie es das sächsische Kindertagesstättengesetz vorgibt, sei dahingestellt. Schließlich wird die Tagespflege in der Regel nicht durch sozialpädagogische Fachkräfte geleistet. Allerdings wird sie verpflichtet, sich über ein Curriculum des Deutschen Jugendinstituts mit einem Stundenumfang von 160 Unterrichtseinheiten sowie 20 Stunden Weiterbildung im Jahr aktuelle sozialpolitische Kenntnisse und Fähigkeiten anzueignen. Grundlage der pädagogischen Arbeit ist, wie in der Krippe, der sächsische Bildungsplan.

Nun kann man erwarten, dass eine verantwortungsvolle pädagogische Tätigkeit so viel einbringt, dass man davon leben kann. Tatsächlich ist es aber so, dass die Vergütung der Tagespflegepersonen innerhalb Deutschlands sehr, sehr unterschiedlich ist. Der Bundesdurchschnitt liegt bei 3,55 Euro je Kind und Stunde, der Landesdurchschnitt in Sachsen bei 2,56 Euro und in Leipzig wurde bisher mit 2,49 Euro unterdurchschnittlich vergütet. „Der Aufstand der Tagesmütter und -väter“ in Leipzig war also mehr als berechtigt. Er führte dazu, dass in der Dezembersitzung des letzten Jahres der Stadtrat eine Erhöhung der Vergütung um 20 Cent je Kind und Stunde bereits zum 1. 1. 2013 beschloss. Außerdem wurde festgelegt, die laufende Geldleistung auf der Grundlage der jährlichen Teuerungsrate zu dynamisieren.

Das Ergebnis taugt noch nicht einmal als Kompromiss, wie es die SPD-Fraktion darstellte. Weitergehende Anträge der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Linksfraktion wurden mehrheitlich abgelehnt. So hatte die Linksfraktion beantragt, in einem mehrstufigen Verfahren in den Jahren 2013 und 2014 jeweils die Geldleistungen um 36,40 Euro pro Monat zu erhöhen. Außerdem wurde die Dynamisierung der monatlichen Geldleistung auf der Grundlage der Tarifverträge des öffentlichen Dienstes gefordert. Die Diskussion wird nun weitergehen, eine leistungsorientierte Vergütung in der Kindertagespflege bleibt auf der Tagsordnung.

↳ Rüdiger Ulrich



## Leipziger Stadtverwaltung im Kita-Dilemma

Auch in diesem Jahr schlug die Debatte um die Kita-Bedarfsplanung hohe Wellen. Seit Jahren ist das Szenario gleich: Der Bedarf übersteigt das Angebot um Längen, Eltern verzweifeln bei der Suche nach einem Betreuungsplatz für ihre Kinder, die Anmelde Listen beim Jugendamt und freien Trägern wachsen, zahlreiche Eltern bleiben auf der Strecke – 700 Anmeldungen für Kinderkrippe bzw. Kindergarten, die nicht berücksichtigt werden konnten, waren es im Oktober 2012. Jedes Jahr muss der Stadtrat zum Ende des Jahres zudem die Information in Empfang nehmen, dass übers Jahr nur knapp über die Hälfte der geplanten Kita-Neu-, Ersatz- oder Erweiterungsbauten realisiert werden konnten. Der Druck wächst, denn die Geburtenzahl bleibt kontinuierlich hoch (2012 wurde die Vorjahreszahl mit 5.602 wiederum überstiegen), außerdem tritt zum 1.8.2013 der Rechtsanspruch auf einen Kinderkrippenplatz in Kraft. Das heißt, dass auch die Stadt Leipzig in diesem bisher vernachlässigten Bereich kräftig aufbauen muss und die Umwidmung von Kindergartenplätzen, für die der Rechtsanspruch bereits gesetzlich verankert ist, zu Krippenplätzen nicht mehr so einfach möglich sein wird. Diese Praxis half in der Vergangenheit, die Nachfrage nach Kindergartenplätzen zu befriedigen.

Dass die Stadt bis zum letzten Moment darauf baute, der Rechtsanspruch auf einen Krippenplatz im August 2013 würde sich verschieben, bekundete nicht nur der Sozialbürgermeister Thomas Fabian in der Ratsversammlung am 12.12.2012, auch die Bedarfsplanung 2013 illustriert die Planlosigkeit der Verwaltung. So wurde im Kerndokument mit lächerlichen 184 zusätzlichen Plätzen im Krippenbereich geplant. Erst mit einem nachträglichen, auf die Erfüllung des Rechtsanspruches ausgerichteten Maßnahmeplan, der nicht

Bestandteil der Bedarfsplanung ist, wurden nachträglich weitere 365 Krippenplätze draufgelegt. Im Kindergartenbereich ist für 2013 ein Aufwuchs um 630 (Bedarfsplanung) plus 525 (Maßnahmeplan) vorgesehen.

Die Bedarfsplanung weist allerdings weiterhin ein Grundsatzproblem auf: Die Methodik erfasst den tatsächlichen Bedarf nicht. Diesem Problem nahm sich ein Antrag der Linksfraktion an, nach dem die Planung am real existierenden Bedarf nach Kita-Plätzen ausgerichtet werden soll, wie es auch in § 4 des Sächsischen Kita-Gesetzes verankert ist. Bisher basierte die Planung auf den Nutzungsquoten des Vorjahres. Dieses Verfahren verschleiert allerdings den Bedarf, denn die Eltern, die erfolglos einen Kita-Platz suchen, werden nicht erfasst. So wird der Mangel Jahr für Jahr festgeschrieben. Die Linksfraktion ist der Meinung, dass der Planung eine andere Referenzgröße – z. B. die Zahl der Anmeldungen – zugrunde gelegt werden muss.



Das mit der bisherigen falschen Planungsmethodik immer wieder fortgeschriebene Platzdefizit wird durch die hohe Quote an nicht realisierten Bauprojekten noch verstärkt. Ein weiterer Punkt des benannten Antrages der Linksfraktion fordert von der Verwaltung darum ein besseres Investitions-Controlling und das Ergreifen von Maßnahmen, mittels derer der geplante Platzausbau zumindest annähernd erreicht wird. Angesichts des hohen Drucks ist es nicht länger hinnehmbar, wenn sich die Verwaltung bei sich häufenden Bauverzügen oder gar -ausfällen mit Achselzucken und dem „Argument“ der Alternativlosigkeit herausredet.

Dass die Verwaltung nicht an einer schnellen Lösung dieser Probleme interessiert war und ist, zeigt der Umgang mit dem Antrag: bis Dezember wurde er verschleppt. Somit konnte er keinen Einfluss mehr auf die Bedarfsplanung für 2013 entfalten. Mit Orientierung auf Veränderung des Planungsverfahrens ab 2014 ist der Antrag allerdings von der Ratsversammlung mehrheitlich angenommen worden. Ebenfalls angenommen wurde der Antrag der LINKEN, die Bedarfsplanung 2013 zu überarbeiten und das Zahlenwirrwarr durch verlässlichere Grundlagen zu ersetzen.

Unterm Strich bleibt der Umgang der Stadtverwaltung mit dem drängenden Problem einer am Bedarf orientierten Kindertagesbetreuungsinfrastruktur ernüchternd. Grund genug, weiter lautstark auf das Problem hinzuweisen. Auch damit eine wohnortnahe Versorgung und das Wunsch- und Wahlrecht der Eltern keine leeren Floskeln bleiben.

✍ Juliane Nagel



## Stadt und LVV - Finanzierung des Nahverkehrs

Die Leipziger Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft mbH (LVV) als einhundertprozentige Beteiligung der Stadt Leipzig steht mit ihr in vielfältigen Finanzbeziehungen, die sich auf die Kommunalen Wasserwerke Leipzig GmbH (KWL), die Stadtwerke Leipzig GmbH (SWL) und die Leipziger Verkehrsbetriebe GmbH (LVB) auswirken. Das bedeutet für die LVV einen ständigen Balanceakt zwischen dem nachhaltigen Erhalt der eigenen Leistungskraft sowie den Investitionsbedürfnissen ihrer Töchter und der Neigung mancher Kämmerer zum Abla-

Die LVV wurde 1996 als Managementholding gegründet, um diesen starken kommunalen Unternehmen gleichsam als Dach zu dienen und steuerliche Vorteile zu generieren. Die Gewinne der Stadtwerke und der Wasserwerke können für die Unterstützung eines attraktiven Nahverkehrs verwendet werden. Die Notwendigkeit einer solchen Unterstützung liegt nicht darin, dass die LVB schlechter wirtschaften als ihre Schwestern. Öffentliche Verkehrsunternehmen sind im Allgemeinen keine profitablen Geschäftsmodelle. Sie gewährleisten dennoch wichtige

wenn die LVV den öffentlichen Nahverkehr aus eigener Kraft nicht finanzieren kann. Doch die Fehlbeträge aus den Jahren 2009 und 2010 – insgesamt dreißig Millionen Euro – werden nach dem Ratsbeschluss vom Dezember 2012 erst jetzt ausgeglichen. Warum erst jetzt?

Die Forderungen der LVV an die Stadt Leipzig sind zwar dem Grunde und der Höhe nach anerkannt, allein der benannte Vertrag traf keinerlei Aussagen zu Zahlungsfälligkeiten oder gar Zinsverpflichtungen der Schuldnerin.



Versuchen Sie das einmal mit Ihrer Hausbank... So ersparte sich die Stadt über Jahre Zinsaufwendungen, auf Kosten der LVV. Diese konnte über die dreißig Millionen nicht verfügen, musste Geld aufnehmen und an ihre Banken wiederum wesentlich höhere Zinsen zahlen.

Die LVV jedoch muss auf das Gesellschafterdarlehen, das ihr die Stadt einst gewährt hatte, sechs Prozent Zinsen bezahlen. Doppelter Schaden – Gleichbehandlung im Zahlungsverkehr sieht

den städtischer Haushaltssorgen auf die kommunalen Unternehmen. Eine gute Mutter sollte ihre Töchter allerdings gleich behandeln und von ihnen nichts fordern, was sie selbst nicht leisten will.

Ein Beispiel für eher stiefmütterliches Verhalten ist die Finanzierung des öffentlichen Personennahverkehrs in Leipzig und Umgebung:

Aufgaben, zum Beispiel den Schülerverkehr, im öffentlichen Auftrag. Doch die Finanzierung des öffentlichen Nahverkehrs wird vor allem durch den Freistaat Sachsen gekürzt. Das schafft nicht nur der LVB, sondern dem gesamten Konzern und der Stadt Leipzig immer wieder neue Probleme. Denn die Stadt hat sich mit dem Verkehrsleistungsfinanzierungsvertrag verpflichtet, dann auszugleichen,

anders aus. Ein Antrag linker und grüner Stadträte zur Verzinsung der LVV-Forderungen fand im Stadtrat leider keine Mehrheit.

Für 2012 wird bei der Finanzierung des öffentlichen Nahverkehrs ein weiterer Fehlbetrag von knapp 26 Mio. Euro erwartet. Wie wird sich die Stadt dazu stellen?

↳ Dr. Ilse Lauter

## Öffentliches Geld für öffentlichen Nahverkehr oder ist der fahrscheinfreie ÖPNV eine Alternative?



Längst sind die jährlichen Fahrpreiserhöhungen Ritual geworden. Kostete noch vor zehn Jahren ein Kurzstreckenticket 1,10 Euro und ein Zone-Leipzig-Ticket 1,40 Euro, so sind wir heute bei 1,60 Euro bzw. 2,30 Euro. Und der nächste 1. August rückt schnell heran. Doch welche Alternativen haben die Verkehrsunternehmen? Steigende Betriebs- und Sozialkosten, vor allem aber sinkende Zuschüsse sind Fakten. Rechtliche Rahmenbedingungen haben sich geändert, und kommunale Verkehrsunternehmen müssen am Markt bestehen. Eigene große Einsparpotenziale und Umstrukturierungen sind spätestens seit Anfang der 2000er Jahre ausgeschöpft. Wenn wir tatsächlich langfristig einen attraktiven Nahverkehr als Alternative zum Auto wollen, muss diese Spirale gestoppt werden.

Neue Finanzierungsmodelle gehören auf den Prüfstand. In den letzten zehn Jahren waren die einzig gestiegenen Einnahmen der Verkehrsbetriebe jene aus Fahrpreisen und übrigen Erlösen. Fahrgäste brachten ein Plus von über 50 Mio. Euro. Hingegen sind die Zuschüsse von Stadt und Landkreis, die Ausgleichs für Schüler-/Schwerbehindertenverkehr sowie die Förderung durch Bund und Land gesunken – und das um über 115 Mio. Euro! Ohne Gegensteuerung gäbe es eine Lücke von 60 Mio. Euro jährlich. Die dennoch bestehende Differenz wird täglich offensichtlich in z.T. veraltetem Fuhrpark oder schlechtem Streckenzustand. Es bestätigt sich der Eindruck vieler Fahrgäste, dass letztlich sie es

sind, die mit ihren Fahrpreiserhöhungen dafür einstehen müssen, dass sich Stadt, Land und Bund mehr und mehr aus der Verantwortung ziehen. Das ist für uns nicht akzeptabel. Und dies nicht nur, weil der ÖPNV per Gesetz eine Aufgabe der öffentlichen Hand (Daseinsvorsorge)

sind eine Prüfung wert. Sie beinhalten u. a. eine finanzielle Beteiligung aller Nutznießer, also nicht nur der Fahrgäste, sondern z.B. auch Arbeitgeber, Wohnungseigentümer, Gewerbetreibende und nicht zuletzt Autofahrer. Es gibt Konzepte wie in der Thüringer LINKEN und Modelle, die



ist, sondern, weil er die Teilhabe aller am gesellschaftlichen Leben gewährleistet und den Umweltschutz befördert. Dies werden wir mit Nachdruck an den entsprechenden Stellen immer und immer wieder vermitteln. Wenn die Verkehrsunternehmen öffentliche Aufgaben erfüllen, brauchen sie auch öffentliches Geld. Es ist politisch verantwortungslos, sie mit ihren Finanzproblemen „im Regen stehen zu lassen“. Eine Säule der Finanzierung muss auch künftig eine stabile und angemessene Mittelausstattung durch die öffentliche Hand bleiben. Im Zusammenhang mit alternativen Finanzierungsmodellen rückt immer stärker die Idee eines „fahrscheinfreien ÖPNV“ oder einer „Flatrate“ im ÖPNV in den Focus. Diese Pläne

einige Städte praktizieren. Doch soweit sind wir in Leipzig noch lange nicht. Klar ist, dass neben einem tragfähigen Konzept politische Mehrheiten und eine umfangreiche Bürgerbeteiligung notwendig sind. Ende 2012 stellten wir den Antrag, dass die Stadtverwaltung endlich alternative Finanzierungsformen des ÖPNV untersuchen lässt und dem Stadtrat die Ergebnisse vorlegt. Damit dies zügig erfolgt, haben wir damit ein Tarifmoratorium verbunden, d. h., keine Zustimmung mehr zu Fahrpreiserhöhungen bis zum Vorliegen von Untersuchungsergebnissen.

↳ Jens Hermann-Kambach



## Unsere Stadt ist nur so gut, wie es den Schwächsten geht

Leipzig ist eine der schönsten Städte Deutschlands. Die Einwohner lieben diese Stadt und doch liegt eine schwere Last auf ihr. Obwohl es mit der wirtschaftlichen Entwicklung aufwärts geht, sind wir nach wie vor die „Armutshauptstadt“ Deutschlands. Das liegt vor allem daran, dass es einfach nicht gelingt, von einer hohen Rate der Langzeitarbeitslosigkeit herunter zu kommen. Unsere Fraktion fordert deshalb seit vielen Jahren immer wieder von der Stadtverwaltung ein komplexes strategisches Vorgehen, um dieses Problem in den Griff zu bekommen. Aber bislang verwaltet sie nur die Arbeitslosigkeit. Immer mehr kristallisiert sich heraus, dass die Zahl der Langzeitarbeitslosen sich überhaupt nicht verringert, was unsere Forderung, hier gezielt

heranzugehen, nur unterstreicht. Die Linksfraktion hat deshalb bereits im Mai 2011 den Antrag A 165 „Erarbeitung eines Konzeptes für ein Modellprojekt des Öffentlich Geförderten Beschäftigungssektors (ÖBS)“ ins Verfahren gebracht, der nunmehr, nachdem er mit viel Kampf am 29. Februar 2012 von der Ratsversammlung mehrheitlich beschlossen wurde, in der Debatte am 17. 12. 2012 vom Stadtrat finanziell in den Haushalt eingeordnet wurde. Zuvor haben wir unsere Forderung mit dem Haushaltsantrag 046 unter setzt, der die Finanzierungsrichtung des ÖBS-Modellprojektes mit Mindestlohn für ca. 200 Beschäftigte vorgibt. Danach werden aus den Mitteln für die Kosten der Unterkunft bis zu 1 Mio. Euro entnommen. Das geht, weil mit der Zahlung von

Mindestlohn weniger Zuschüsse für Bedarfsgemeinschaften erforderlich werden. Natürlich dürfen sich der Freistaat Sachsen und die Regionaldirektion der Bundesagentur nicht heraushalten. Nach § 135 des „Gesetzes zur Verbesserung der Eingliederungschancen am Arbeitsmarkt“ stehen in Sachsen für innovative Arbeitsmarktprojekte 250 Mio. Euro zur Verfügung. Diese Mittel müssen aber beantragt werden und dazu bedarf es entsprechender Aktivitäten durch die Stadt. Das ist auch die Krux, denn das zuständige Wirtschaftsdezernat tut sich sehr schwer, vom Freistaat und von der Bundesagentur Gelder abzufordern.

Hier müssen wir aufpassen, dass diese Chancen nicht verschlafen werden, denn das Geld steht nur noch für Projekte zur Verfügung, die bis zum 31. 12. 2013 begonnen haben. Immerhin hat die Stadtverwaltung bislang nahezu 12 Monate benötigt, ohne dass ein brauchbares Konzept als Voraussetzung für die Beantragung der Mittel vorliegt.

Bislang konnte sich in dieser Sache unsere Fraktion gegen Ignoranz und Anfeindungen aus anderen Fraktionen durchsetzen. Dieser Erfolg ist einem guten Zusammenspiel aller Fraktionsmitglieder zu verdanken, die jeweils in ihrem Fachgebiet in den Ausschüssen für diesen Antrag geworben haben. Allerdings ist noch nichts dauerhaft sicher. Immer wieder müssen wir die Stadtverwaltung zu neuen Denkansätzen treiben. Dabei geht es uns nicht darum, die städtische Arbeitsmarktpolitik klein zu reden. Trotzdem, auch wenn die Arbeitslosenquote gegenüber früherer Jahre gefallen ist, die Langzeitarbeitslosigkeit ist so hoch wie eh und je. Die komplexe strategische Arbeitsmarktpolitik ist deshalb weiterhin wichtigstes Thema unserer Stadt.

➤ *William Grosser*



## Das Jahr 2012 war ein Jahr des Sportes im Positiven wie im Negativen



Natürlich hat Olympia 2012 dominiert und das Leipziger Team London war das erfolgreichste in Sachsen. Auch die Bilanz des Sportamtes kann sich sehen lassen. Klasse! Das Sportprogramm 2015 hatte Halbzeit. Mit der Dreifeldhalle „An der Radrennbahn“ hat sich die Sportinfrastruktur weiter verbessert. 2013 wird die Halle am Rabet in Betrieb genommen. Beide wurden durch Anträge der Linksfraktion initiiert. Die DIN-Mängel in den Hallen des Sportamtes sind im Wesentlichen behoben. Im Haushalt 2013 konnten endlich die Eigenmittel für bauliche Investitionen wieder auf 400.000 Euro und auch die Mittel der Sportförderung auf fast 20 Euro pro Mitglied erhöht werden.

Das Sportprogramm 2015 zeigt aber auch, welche Aufgaben noch offen sind. Das betrifft den Neubau der Sportmittelschule mit Dreifeldhalle in der Goyastraße. Es fehlt darüber hinaus eine weitere Ballspielhalle, z. B. auf der Alten Messe. Nicht so einfach ist auch das Problem der Sportplätze, die in der Regel Pachtanlagen sind. Das betrifft die betriebswirtschaftlichen Zuschüsse und die Platzwarte. Die Vereine brauchen mehr finanzielle Mittel, denn Strom, Wasser und Abwasser sind teurer geworden. Platzwarte waren meist über arbeitsmarktpolitische Maßnahmen angestellt, die 2012 und 2013 auslaufen. Arbeitsmarktmaßnahmen mit Mehraufwandsentschädigung von 1,25 Euro oder 1,50 Euro pro Stunde sind für die betroffenen Vereine keine Lösung. Hier sollte es auf Dauer auch versicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse für alle Vereine geben. Unsere Fraktion hat einen öffentlichen Beschäftigungssektor gefordert und beantragt, dafür im Haushalt 2013 500.000 Euro vorzusehen. Dem Antrag wurde unter der Bedingung zugestimmt, dass sich Bund und Land an der Finanzierung beteiligen. Platz- und Hallenwarte könnte man dann anstellen und einen Beitrag

gegen Langzeitarbeitslosigkeit oder für Menschen ohne Berufsabschluss leisten. Die Vereine sichern und pflegen städtisches Eigentum und müssen deshalb personell und finanziell unterstützt werden. Hier gibt es noch Baustellen. Es gibt aber auch noch 73 Sporthallen und Turnräume beim Amt für Jugend, Familie und

Das ist unerhört wichtig, denn Sport ist reguläres Unterrichtsfach, und fast jede Schulsporthalle wird täglich bis 22.00 Uhr von Vereinen genutzt. Wenn Anfang 2013 die Hallenböden endlich in Ordnung gebracht sind, wird sich aber die Situation in den Umkleide- und Sanitärtrakten nur unwesentlich ändern. Auch hier brauchen



*Neue Dreifelder-Sporthalle an der Radrennbahn*

Bildung. Die Situation ist hier jedoch eine andere. Hallenböden und Sanitäranlagen sind häufig in einen unbefriedigenden Zustand. Nach einem schweren Sportunfall im Frühjahr 2012 waren die Schulleiterinnen und Schulleiter nicht mehr gewillt, die Verantwortung für derartige Mängel zu übernehmen. Zu Recht. Im November wurden 12 Sporthallen und Turnräume wegen Hallenbodenmängel geschlossen. Das war für die Schulen und Vereine eine schwierige Situation. Nur gut, dass Leipzig aus 2011 ein Plus im Stadtsäckel hatte. Davon konnte sofort 1 Mio. Euro in diese Hallen fließen, um schnell und sachgemäß Reparaturen auszuführen.

wir ein entsprechendes Programm. Hoffen wir also, dass die Stadt auch 2012 einen Überschuss erwirtschaftet hat.

So liegen also Licht und Schatten auf der materiellen Seite des Sportes dicht nebeneinander.

Heiko Rosenthal als Beigeordneter für Umwelt, Ordnung und Sport hat den Sport im Griff, nun muss das Amt für Jugend, Familie und Bildung schneller nachziehen.

➤ Margitta Hollick

## ➤ KOMMUNAL ABC

### Sächsisches Gesetz zur Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen (Gesetz über Kindertageseinrichtungen – SächsKitaG)

#### § 3 Angebot

(1) Alle Kinder haben ab Vollendung des dritten Lebensjahres bis zum Schuleintritt Anspruch auf den Besuch eines Kindergartens. Der Anspruch richtet sich gegen den örtlichen Träger der öffentlichen Jugendhilfe.

(2) Es gehört zu den Pflichtaufgaben des örtlichen Trägers der öffentlichen Jugendhilfe, für ein bedarfsgerechtes Angebot an Kindertageseinrichtungen zur Betreuung von Kindern unter drei Jahren und für schulpflichtige Kinder bis zur Vollendung der vierten Klasse zu sorgen. Kinder sollen aus Gründen, die nicht in ihrer Person liegen, vom Besuch einer Kindertageseinrichtung oder der Kindertagespflege im Rahmen der Bedarfsplanung nicht ausgeschlossen werden.

## ➤ TERMINE

### Ratsversammlungen

im Neuen Rathaus, Ratssaal ➤ **20. 02.** ➤ **20. 03. 2013** | 14:00 Uhr

### Bürgersprechstunden

im **Osten** mit Stadträtin Carola Lange | im Bürgertreff Volkmarsdorf, Konradstraße 60 a  
➤ **06. 02.** ➤ **06. 03. 2013** | ab 17:00 Uhr

in **Leutzsch** mit Stadträtin Naomi-Pia Witte | im Stadtteilladen Leutzsch, Georg-Schwarz-Straße 122  
➤ **07. 02. 2013** | 16:00–18:00 Uhr

in **Grünau** mit Stadtrat Sören Pellmann | im Wahlkreisbüro Grünau, Stuttgarter Allee 16  
➤ **25. 02.** ➤ **25. 03. 2013** | 16:00–18:00 Uhr

im **Norden** mit Stadträtin Dr. Skadi Jennicke | im Bürgerbüro MdL Cornelia Falken, Cospistraße 63  
➤ **05. 03.** ➤ **19. 03. 2013** | 13:00–15:00 Uhr

in **Lindenau** mit Stadträtin Naomi-Pia Witte | im Abgeordnetenbüro Dr. Volker Külow, Georg-Schwarz-Straße 8  
➤ **06. 03. 2013** | 16:00–18:00 Uhr

**IMPRESSUM** ➤ Herausgeber **DIE LINKE**. Fraktion im Stadtrat zu Leipzig | **Geschäftsstelle** Neues Rathaus | 04092 Leipzig | **GF** Rüdiger Ulrich  
**Telefon** (03 41) 1 23-21 50/-21 59 | **Fax** (03 41) 1 23-21 55 | [linksfraktion@leipzig.de](mailto:linksfraktion@leipzig.de) | [www.linksfraktion-leipzig.de](http://www.linksfraktion-leipzig.de)  
**V. i. S. d. P.** Sören Pellmann | Redaktionsschluss: 29. 01. 2013 | nächste Ausgabe im April 2013

**Gestaltung** Susanne Weigelt, Leipzig | **Bildnachweis** Titelbild: © sinuswelle/fotolia.com | S. 3: © cirquedesprit/fotolia.com | S. 4: © caruso/fotolia.com | S. 5: © lagom/fotolia.com | S. 6: © coramax/fotolia.com | S. 7: © Siegfried Schlegel